



# Generalversammlung

Verteilung: Allgemein  
10. Januar 2022

---

## Sechundsiebzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 74 c)

### Förderung und Schutz der Menschenrechte: Menschenrechtssituationen und Berichte der Sonderberichterstatterinnen und -erstatte und Sonderbeauftragten

## Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 16. Dezember 2021

[aufgrund des Berichts des Dritten Ausschusses (A/76/462/Add.3, Ziff. 34)]

### **76/178. Die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran**

*Die Generalversammlung,*

*geleitet* von der Charta der Vereinten Nationen sowie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>1</sup>, den Internationalen Menschenrechtspakten<sup>2</sup> und anderen internationalen Menschenrechtsübereinkünften,

*unter Hinweis* auf ihre früheren Resolutionen über die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran, zuletzt Resolution [75/191](#) vom 16. Dezember 2020,

1. *nimmt Kenntnis* von dem gemäß Resolution [75/191](#) vorgelegten Bericht des Generalsekretärs<sup>3</sup> und dem gemäß Ratsresolution [46/18](#) vom 23. März 2021<sup>4</sup> vorgelegten Bericht des Sonderberichterstatters des Menschenrechtsrats über die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran<sup>5</sup>;

2. *erinnert* an die Erklärungen, die der neue Präsident der Islamischen Republik Iran im Hinblick auf die Menschenrechtssituation in dem Land abgegeben hat;

---

<sup>1</sup> Resolution [217 A \(III\)](#). In Deutsch verfügbar unter <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>.

<sup>2</sup> Resolution [2200 A \(XXI\)](#), Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBl. 1973 II S. 1533; LGBl. 1999 Nr. 58; öBGBl. Nr. 591/1978; AS 1993 750 (Zivilpakt); dBGBl. 1973 II S. 1569; LGBl. 1999 Nr. 57; öBGBl. Nr. 590/1978; AS 1993 725 (Sozialpakt).

<sup>3</sup> [A/76/268](#).

<sup>4</sup> Siehe *Official Records of the General Assembly, Seventy-sixth Session, Supplement No. 53 (A/76/53)*, Kap. V, Abschn. A.

<sup>5</sup> [A/76/160](#).



3. *begrüßt* die anhaltenden Anstrengungen der Islamischen Republik Iran, die größte Flüchtlingsbevölkerung der Welt, darunter schätzungsweise 1 Million registrierter afghanischer Flüchtlinge, aufzunehmen und ihnen Zugang zu Grundversorgungseinrichtungen zu gewähren, insbesondere zu Gesundheitsversorgung, einschließlich Impfungen gegen die Coronavirus-Krankheit (COVID-19), und Bildung für Kinder;

4. *begrüßt außerdem*, dass das Parlament der Islamischen Republik Iran im Mai 2018 das Gesetz für den Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen genehmigt hat und dass anschließend Erörterungen hinsichtlich seiner Umsetzung stattfanden, zugleich darauf hinweisend, dass das Gesetz nach wie vor nicht umgesetzt wird, und fordert die Behörden nachdrücklich auf, mit der Zivilgesellschaft und mit Menschen mit Behinderungen zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass für seine Umsetzung und Überwachung staatliche Mittel in ausreichender Höhe zugewiesen werden;

5. *nimmt Kenntnis* von den von den iranischen Behörden eingegangenen Verpflichtungen zur Verbesserung der Situation der Frauen und Mädchen und fordert die zuständigen iranischen Behörden auf, sicherzustellen, dass der dem Parlament im Januar 2021 vorgelegte Gesetzentwurf zum Schutz von Frauen vor Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt und dass die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes umgesetzt wird, die iranischen Frauen, die mit Männern ausländischer Staatsangehörigkeit verheiratet sind, das Recht gibt, für ihre Kinder unter 18 Jahren die iranische Staatsbürgerschaft zu beantragen;

6. *begrüßt* die Verabschiedung eines Gesetzentwurfs zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, Kenntnis nehmend von den Bemühungen, der Bildung von Kindern und dem Online-Schulprogramm, das ins Leben gerufen wurde, um das virtuelle Lernen während der COVID-19-Pandemie zu erleichtern, Priorität einzuräumen, und betont, wie wichtig es ist, die Erörterungen über das Verbot von Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat, der Verstümmelung weiblicher Genitalien, der Folter von Kindern und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, über die Abschaffung der Todesstrafe für Straftäter im Kindesalter und über die Angleichung des Strafmündigkeitsalters für Mädchen und Jungen fortzuführen;

7. *begrüßt außerdem* die aktiven Kontakte der Islamischen Republik Iran zu den Menschenrechtsvertragsorganen, die auch die Vorlage periodischer Berichte umfassen, und vermerkt insbesondere, dass die Regierung der Islamischen Republik Iran aktive Kontakte zum Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte, zum Ausschuss für die Rechte des Kindes und zum Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterhält und sich an der Allgemeinen regelmäßigen Überprüfung beteiligt;

8. *begrüßt ferner* die Weiterführung der Kontakte und des Dialogs zwischen der Islamischen Republik Iran und dem Sonderberichterstatter über die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran sowie die an andere Mandatsträgerinnen und -träger der Sonderverfahren ergangenen Einladungen;

9. *begrüßt*, dass der iranische Hohe Rat für Menschenrechte und andere iranische Amtspersonen sich bereiterklärt haben, bilaterale Dialoge zu den Menschenrechten zu führen, und fordert sie auf, diese Dialoge verstärkt zu führen beziehungsweise wiederaufzunehmen, sofern sie ausgesetzt wurden;

10. *erkennt* die Bemühungen der Regierung der Islamischen Republik Iran an, in Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Menschenrechte abzumildern, begrüßt die jüngste Beschleunigung der COVID-19-Impfkampagne und fordert die Regierung auf, weiterhin sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, einschließlich sexueller Übergriffe und sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Intimpartner, auch während der COVID-19-Pandemie;

11. *bekundet ihre ernsthafte Besorgnis* über die bestürzende Häufigkeit, mit der die Islamische Republik Iran unter Verstoß gegen ihre internationalen Verpflichtungen die Todesstrafe verhängt und vollstreckt, einschließlich der gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte<sup>6</sup> verstoßenden Hinrichtungen von Personen auf der Grundlage erzwungener Geständnisse oder für Verbrechen, die nicht den Tatbestand eines Schwerstverbrechens erfüllen, einschließlich Verbrechen, die zu allgemein oder vage definiert sind, bekundet ihre ernsthafte Besorgnis über die unverhältnismäßige Anwendung der Todesstrafe gegen Angehörige von Minderheiten, die besonders häufig die Todesstrafe für ihre mutmaßliche Beteiligung an politischen Gruppen erhalten, bekundet ihre Besorgnis über die anhaltende Missachtung international anerkannter Garantien, unter anderem über Hinrichtungen, die ohne die im iranischen Recht vorgeschriebene vorherige Benachrichtigung der Angehörigen der Gefangenen oder ihrer Verteidigung ausgeführt werden, und fordert die Regierung der Islamischen Republik Iran auf, öffentliche Hinrichtungen, die gegen die 2008 von dem ehemaligen obersten Richter herausgegebene Weisung zur Beendigung dieser Praxis verstoßen, im Gesetz und in der Praxis abzuschaffen und die Einführung eines Moratoriums für Hinrichtungen zu prüfen;

12. *bekundet außerdem ihre ernsthafte Besorgnis* darüber, dass die Islamische Republik Iran nach wie vor die Todesstrafe gegen Minderjährige verhängt, und fordert die Islamische Republik Iran nachdrücklich auf, die Verhängung der Todesstrafe gegen Minderjährige einzustellen, einschließlich ihrer gegen das Übereinkommen über die Rechte des Kindes<sup>7</sup> verstoßenden Verhängung gegen Personen, die zum Zeitpunkt ihrer Straftat das 18. Lebensjahr nicht vollendet hatten, und die Strafen für auf ihre Hinrichtung wartende minderjährige Straftäter umzuwandeln;

13. *fordert* die Islamische Republik Iran *auf*, im Einklang mit den Änderungen des Strafgesetzbuchs, den Verfassungsgarantien der Islamischen Republik Iran und den internationalen Verpflichtungen und Standards, unter anderem den Mindestgrundsätzen der Vereinten Nationen für die Behandlung der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln)<sup>8</sup>, im Gesetz und in der Praxis zu gewährleisten, dass niemand der Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, einschließlich sexueller Gewalt, sowie Strafen unterworfen wird, die in einem krassen Missverhältnis zur Art der Straftat stehen, und sicherzustellen, dass Anschuldigungen betreffend Folter zügig und unparteiisch untersucht werden;

14. *fordert* die Islamische Republik Iran *mit Nachdruck auf*, die verbreitete und systematische Anwendung der willkürlichen Festnahme und Inhaftierung, einschließlich der anhaltenden gezielten Anwendung dieser Praxis gegen Personen mit doppelter oder ausländischer Staatsangehörigkeit, sowie die Praktiken des Verschwindenlassens und der Haft ohne Verbindung zur Außenwelt einzustellen, willkürlich Inhaftierte freizulassen und Rechenschaft über das Schicksal oder den Verbleib verschwundener Personen abzulegen, und im Gesetz und in der Praxis durch die Einhaltung von Verfahrensgarantien die Standards für ein faires Verfahren zu gewährleisten, einschließlich des raschen Zugangs der Inhaftierten zu einer Rechtsvertretung ihrer Wahl in einer Sprache, die die Angeklagten sprechen und verstehen, ab dem Zeitpunkt der Festnahme und in allen Phasen des Hauptverfahrens und aller Berufungsverfahren, sowie das Recht, weder gefoltert noch grausam, unmenschlich

<sup>6</sup> Siehe Resolution [2200 A \(XXI\)](#), Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1973 II S. 1533; LGBI. 1999 Nr. 58; öBGBI. Nr. 591/1978; AS 1993 750.

<sup>7</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1577, Nr. 27531. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1992 II S. 121; LGBI. 1996 Nr. 163; öBGBI. Nr. 7/1993; AS 1998 2055.

<sup>8</sup> Resolution [70/175](#), Anlage.

oder erniedrigend behandelt oder bestraft zu werden, zu achten und die Freilassung aus der Untersuchungshaft gegen Kaution und unter anderen zumutbaren Auflagen zu erwägen, und fordert die Islamische Republik Iran auf, ihre Verpflichtungen nach Artikel 36 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen<sup>9</sup> im Hinblick auf den Verkehr mit und das Aufsuchen von Angehörigen von Entsendestaaten, die sich in Straf- oder Untersuchungshaft befinden oder denen anderweitig die Freiheit entzogen ist, einzuhalten;

15. *fordert* die Islamische Republik Iran *auf*, Personen freizulassen, die wegen der Ausübung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten inhaftiert wurden, einschließlich derjenigen, die allein wegen der Teilnahme an friedlichen Protesten, darunter die landesweiten Proteste im November 2019 und Januar 2020, inhaftiert wurden, die Menschenrechte an friedlichen Protesten beteiligter Personen zu wahren, zu erwägen, unverhältnismäßig harte Strafen, darunter die Todesstrafe und langfristiges Binnenexil, aufzuheben und Vergeltungsmaßnahmen gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten und ihre Angehörigen, Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende, die über die Proteste berichten, und Einzelpersonen, die mit den Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen zusammenarbeiten oder versuchen zusammenzuarbeiten, ein Ende zu setzen, und hebt die von den Justizbehörden abgegebenen Zusagen hervor, die Fälle der im Zusammenhang mit den Protesten von 2019 festgenommenen Personen zu prüfen;

16. *äußert ihre ernste Besorgnis* über die Einschränkungen des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die Anwendung übermäßiger Gewalt im Zusammenhang mit den friedlichen Protesten gegen die Wasserknappheit im Juli 2021 und für Arbeitnehmerrechte zwischen März 2020 und Juli 2021, fordert die Islamische Republik Iran auf, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, die sich für Arbeits- und Umweltthemen einsetzen und willkürlich verhaftet und inhaftiert und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, freizulassen, und fordert die Regierung nachdrücklich auf, gegen Verletzungen des Rechts auf soziale Sicherheit und des Rechts auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen vorzugehen und gegen Lohnrückstände, die Verweigerung von Arbeitnehmerschutz und -leistungen, ungerechtfertigte Entlassungen und niedrige Löhne vorzugehen und die Löhne und Renten zu erhöhen, um einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten;

17. *fordert* die Islamische Republik Iran *mit allem Nachdruck auf*, Verletzungen des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Meinungsfreiheit, sowohl online als auch offline, zu beenden, wozu auch die Freiheit gehört, Informationen sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben, sowie die Vereinigungsfreiheit und das Recht, sich friedlich zu versammeln, auch durch Praktiken wie die Unterbrechung der Kommunikation durch Abschaltung des Internets oder Maßnahmen zur rechtswidrigen oder willkürlichen Sperrung oder Entfernung der Webseiten von Medien und sozialen Netzwerken sowie andere weit verbreitete Einschränkungen beim Zugang zum Internet oder bei der Verbreitung von Informationen im Internet;

18. *legt* der Regierung der Islamischen Republik Iran *nahe*, bei den Ermittlungen zu den Vorwürfen, dass einige Familien der Opfer des Absturzes von Flug 752 der Ukraine International Airlines drangsaliert und eingeschüchtert wurden, mit allen zuständigen Stellen zusammenzuarbeiten, und fordert die Regierung auf, sicherzustellen, dass die für den Absturz Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden;

---

<sup>9</sup> United Nations, *Treaty Series*, Vol. 596, Nr. 8638. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1969 II S. 1585; LGBI. 1968 Nr. 19/1; öBGBI. Nr. 318/1969; AS 1968 887.

19. *fordert* die Islamische Republik Iran *auf*, gegen die schlechten Bedingungen in Haftanstalten vorzugehen, in Anerkennung der besonderen Risiken für Gefangene im Zusammenhang mit COVID-19 und in dieser Hinsicht unter Begrüßung der Initiative, Gefangenen vorübergehend Hafturlaub zu gewähren, um so die mit COVID-19 in Haftanstalten verbundenen Risiken zu senken, fordert sie auf, die Praxis der vorsätzlichen Verweigerung des Zugangs Gefangener zu angemessener medizinischer Behandlung und Versorgungsgütern, unbedenklichem Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene oder der Bindung dieses Zugangs an ein Geständnis zu beseitigen und den anhaltenden langen Hausarrest der Oppositionellen, die infolge der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen von 2009 festgenommen wurden, zu beenden, fordert die Islamische Republik Iran auf, glaubwürdige und unabhängige Haftaufsichtsbehörden einzusetzen, um Meldungen über verdächtige Todesfälle in Haft zu untersuchen und Vorwürfen von Rechtsverletzungen nachzugehen, insbesondere in Anbetracht der von Wachpersonal in der Haftanstalt Evin begangenen abscheulichen Handlungen, und fordert die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, transparente, unabhängige und unparteiische Ermittlungen durchzuführen und sicherzustellen, dass die Tatverantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden;

20. *fordert* die Islamische Republik Iran, einschließlich der Gerichte und der Sicherheitskräfte, *außerdem auf*, im Gesetz und in der Praxis sichere und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen und beizubehalten, sowohl online als auch offline, innerhalb deren eine unabhängige, vielfältige und pluralistische Zivilgesellschaft ungehindert und frei von Unsicherheit und Repressalien wirken kann, und unter allen Umständen die Drangsalierung, Einschüchterung und Verfolgung, einschließlich in Form von Entführungen, Festnahmen und Hinrichtungen, von politischen Gegnern, Personen, die die Menschenrechte verteidigen, einschließlich der Angehörigen von Minderheiten und der Frauen unter ihnen und derjenigen, die die Rechte der Angehörigen von Minderheitengruppen verteidigen, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten, Personen, die die Rechte von Studierenden verteidigen, Personen, die für die Umwelt eintreten, Akademikerinnen und Akademikern, Film-, Medien- und Kunstschaaffenden, Journalistinnen und Journalisten, Bloggerinnen und Bloggern, Personen, die soziale Medien nutzen oder verwalten, religiösen Führungspersönlichkeiten, Anwältinnen und Anwälten und ihren Familien, ob es sich bei ihnen um iranische Staatsangehörige, Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft oder ausländische Staatsangehörige handelt, einzustellen;

21. *fordert* die Islamische Republik Iran *mit allem Nachdruck auf*, alle Formen der Diskriminierung und sonstigen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen und Mädchen im Gesetz und in der Praxis zu beseitigen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und ihren gleichen Schutz und gleichen Zugang zur Justiz zu gewährleisten, und zu diesem Zweck unter anderem Defizite zu beheben und den Gesetzentwurf von Januar 2021 zum Schutz von Frauen vor Gewalt zu verabschieden und umzusetzen, gemäß der Empfehlung des Ausschusses für die Rechte des Kindes gegen die besorgniserregende Zunahme von Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat vorzugehen, die Teilhabe von Frauen an politischen und anderen Entscheidungsprozessen zu fördern, zu unterstützen und zu ermöglichen und in Anerkennung der hohen Bildungsbeteiligung der Frauen in der Islamischen Republik Iran auf allen Bildungsebenen die Einschränkungen ihres freien und gleichberechtigten Zugangs zur Grund- und Sekundarschulbildung und ihrer freien, gleichberechtigten und konstruktiven Beteiligung am Arbeitsmarkt und an allen Aspekten des wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Lebens, einschließlich ihrer Teilnahme an und ihres Besuchs von Sportveranstaltungen, aufzuheben, und bekundet ihre Besorgnis darüber, dass ein derzeit im Parlament behandelter Gesetzentwurf zur Jugend und zum Schutz der Familie in seiner aktuellen Form das Recht von Frauen und Mädchen auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit untergraben würde;

22. *fordert* die Islamische Republik Iran *auf*, Menschenrechtsverteidigerinnen freizulassen, die wegen der Ausübung ihrer Rechte, einschließlich der Vereinigungsfreiheit und des Rechts, sich friedlich zu versammeln, des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Meinungsfreiheit, inhaftiert wurden, und angemessene, robuste und konkrete Schritte zu unternehmen, um Menschenrechtsverteidigerinnen zu schützen und ihren vollen Genuss aller ihrer Menschenrechte zu gewährleisten;

23. *fordert* die Islamische Republik Iran *außerdem auf*, alle Formen der Diskriminierung und sonstigen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Angehörigen ethnischer, sprachlicher und sonstiger Minderheiten, unter anderem der arabischen, aserischen, belutschischen, kurdischen und turkmenischen Minderheit, und derjenigen, die sie verteidigen, im Gesetz und in der Praxis zu beseitigen;

24. *bekundet ihre ernsthafte Besorgnis* über die fortdauernde gravierende Beschneidung und zunehmende Einschränkung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, sowie über Beschränkungen der Einrichtung von Kultstätten, ungebührliche Einschränkungen für nach religiösen Grundsätzen ausgeführte Begräbnisse, Anschläge auf Kultstätten und Bestattungsorte und sonstige Menschenrechtsverletzungen, darunter die Zunahme von Drangsalierung, Einschüchterung, Verfolgung, willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen und Aufstachelung zu Hass, die zu Gewalt gegen Angehörige anerkannter und nicht anerkannter religiöser Minderheiten führt, darunter Angehörige des christlichen, des jüdischen, des sufischen, des sunnitischen, des zoroastrischen und des Bahá'í-Glaubens und von Ahl-e Haqq sowie Gonabadi-Derwische, die aufgrund ihres Glaubens zunehmende Einschränkungen und systematische Verfolgung vonseiten der Regierung der Islamischen Republik Iran erfahren und die Berichten zufolge Massenfestnahmen und langen Gefängnisstrafen während der COVID-19-Pandemie ausgesetzt sind, und fordert die Regierung auf, die Überwachung von Personen aufgrund ihrer religiösen Identität zu beenden, alle praktizierenden Gläubigen freizulassen, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in oder Betätigung für eine anerkannte oder nicht anerkannte religiöse Minderheitengruppe inhaftiert wurden, die Schändung von Friedhöfen zu beenden und sicherzustellen, dass jeder das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religions- oder Weltanschauungsfreiheit hat, einschließlich des Rechts, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte;

25. *fordert* die Islamische Republik Iran *auf*, sämtliche Formen der Diskriminierung aufgrund des Denkens, des Gewissens, der Religion und der Weltanschauung, einschließlich der in den neu erlassenen Artikeln 499 bis und 500 bis des islamischen Strafgesetzbuchs enthaltenen Einschränkungen sowie wirtschaftlicher Einschränkungen, wie etwa die Schließung, Zerstörung oder Beschlagnahme von Unternehmen und Eigentum, die Entziehung von Lizenzen und die Verweigerung einer Beschäftigung in bestimmten öffentlichen und privaten Sektoren, darunter im Staatsdienst, im Militär und in durch Wahlen besetzten Ämtern, die Verweigerung und Einschränkung des Zugangs zu Bildung, unter anderem für Angehörige des Bahá'í-Glaubens, und sonstige Menschenrechtsverletzungen gegenüber Angehörigen anerkannter oder nicht anerkannter religiöser Minderheiten im Gesetz und in der Praxis zu beseitigen, verurteilt vorbehaltlos jede Leugnung des Holocaust und fordert die Islamische Republik Iran auf, die Straflosigkeit für diejenigen zu beenden, die Verbrechen an Angehörigen anerkannter und nicht anerkannter religiöser Minderheiten begehen;

26. *fordert* die Islamische Republik Iran *außerdem auf*, einen umfassenden Prozess einzuleiten, in dessen Rahmen für Rechtsverletzungen Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden, darunter auch Gesetzesreformen, erneut darauf hinweisend, wie wichtig glaubwürdige, unabhängige und unparteiische Untersuchungen nach allen Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen sind, einschließlich nach mutmaßlichen Fällen übermäßiger

Gewaltanwendung, willkürlicher Festnahmen und Inhaftierungen, nach Fällen von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung friedlich Protestierender und politischer Gefangener, Fällen der Nichteinhaltung der Garantien für ein faires Verfahren und der Anwendung von Folter, um Geständnisse zu erpressen, und verdächtiger Todesfälle in der Haft sowie seit langem andauernder Rechtsverletzungen unter Beteiligung der iranischen Gerichte und Sicherheitsorganisationen, einschließlich des Verschwindenlassens von Personen, außergerichtlicher Hinrichtungen und der Vernichtung von Beweismaterial im Zusammenhang mit derartigen Rechtsverletzungen, und fordert die Regierung der Islamischen Republik Iran auf, die Straflosigkeit für solche Rechtsverletzungen zu beenden und sicherzustellen, dass den Opfern wirksame Rechtsbehelfe zur Verfügung stehen;

27. *fordert* die Islamische Republik Iran *ferner auf*, ihre Verpflichtungen aus denjenigen Menschenrechtsverträgen, deren Vertragspartei sie bereits ist, einzuhalten, alle Vorbehalte, die unpräzise sind oder als mit Ziel und Zweck des Vertrags unvereinbar betrachtet werden könnten, zurückzuziehen, den von den Organen der internationalen Menschenrechtsverträge, deren Vertragspartei sie ist, angenommenen abschließenden Bemerkungen betreffend die Islamische Republik Iran nachzukommen und zu erwägen, die internationalen Menschenrechtsverträge, deren Vertragspartei sie noch nicht ist, zu ratifizieren beziehungsweise ihnen beizutreten;

28. *fordert* die Islamische Republik Iran *auf*, ihre aktiven Kontakte zu den internationalen Menschenrechtsmechanismen zu vertiefen, indem sie

a) mit dem Sonderberichterstatter über die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran uneingeschränkt zusammenarbeitet, so auch indem sie den wiederholten Ersuchen des Sonderberichterstatters, das Land zu besuchen, stattgibt, damit er sein Mandat wahrnehmen kann;

b) verstärkt mit anderen Sondermechanismen zusammenarbeitet, so auch indem sie den seit langem bestehenden Ersuchen von Mandatsträgerinnen und -trägern thematischer Sonderverfahren um Zugang zu ihrem Hoheitsgebiet, der ihnen bislang trotz der stehenden Einladung der Islamischen Republik Iran verwehrt oder nur mit Einschränkungen gewährt wird, stattgibt, ohne diese Besuche an unangemessene Bedingungen zu knüpfen;

c) ihre Zusammenarbeit mit den Vertragsorganen weiter verstärkt, so auch indem sie die Berichte nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung<sup>10</sup> und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte<sup>11</sup> vorlegt;

d) alle während des ersten Zyklus 2010 der Allgemeinen regelmäßigen Überprüfung, ihres zweiten Zyklus 2014 und ihres dritten Zyklus 2019 angenommenen Empfehlungen unter umfassender und echter Beteiligung der unabhängigen Zivilgesellschaft und anderer Interessenträger am Umsetzungsprozess umsetzt;

e) auf dem Engagement der Islamischen Republik Iran im Prozess der Allgemeinen regelmäßigen Überprüfung aufbaut und auch weiterhin Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Justizreform, namentlich mit dem Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte, erkundet;

---

<sup>10</sup> Ebd., Vol. 660, Nr. 9464. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL. 1969 II S. 961; LGBL. 2000 Nr. 80; öBGBL. Nr. 377/1972; AS 1995 1164.

<sup>11</sup> Siehe Resolution 2200 A (XXI), Anlage. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBL. 1973 II S. 1569; LGBL. 1999 Nr. 57; öBGBL. Nr. 590/1978; AS 1993 725.

f) ihrer im Kontext ihrer ersten und zweiten Allgemeinen regelmäßigen Überprüfung durch den Menschenrechtsrat gegebenen Zusage nachkommt, eine unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution einzurichten, unter gebührender Berücksichtigung der Empfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte;

29. *fordert* die Islamische Republik Iran *außerdem auf*, die Erklärungen des neuen Präsidenten der Islamischen Republik Iran im Hinblick auf die Menschenrechte auch weiterhin in konkrete Maßnahmen umzusetzen, die so bald wie möglich zu nachweisbaren Verbesserungen führen, und sicherzustellen, dass ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit ihren Verpflichtungen nach den internationalen Menschenrechtsnormen im Einklang stehen und entsprechend ihren internationalen Verpflichtungen umgesetzt werden;

30. *fordert* die Islamische Republik Iran *ferner auf*, den in den Berichten des Generalsekretärs und des Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran hervorgehobenen substanziellen Anliegen und den in früheren Resolutionen der Generalversammlung enthaltenen konkreten Aufforderungen zum Handeln Rechnung zu tragen und ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte im Gesetz und in der Praxis voll einzuhalten;

31. *legt* den Mandatsträgerinnen und -trägern der relevanten thematischen Sonderverfahren *eindringlich nahe*, der Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um sie zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten;

32. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer siebenundsiebzigsten Tagung einen Bericht über den Stand der Durchführung dieser Resolution samt Optionen und Empfehlungen zur Verbesserung ihrer Durchführung vorzulegen und dem Menschenrechtsrat auf seiner fünfzigsten Tagung einen Zwischenbericht vorzulegen;

33. *beschließt*, die Untersuchung der Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran auf ihrer siebenundsiebzigsten Tagung unter dem Punkt „Förderung und Schutz der Menschenrechte“ fortzusetzen.

53. Plenarsitzung  
16. Dezember 2021